



Ministerin sagt Frauenhäusern in NRW Unterstützung zu

37.424 Unterschriften für eine gesicherte Finanzierung im Landtag
übergeben/Gemeinsame Lösung mit Kommunen finden

Düsseldorf/Münster (cpm). Für eine gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser in NRW will sich Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter, einsetzen. Auch sollen im nächsten Haushalt wieder Mittel für die vor einigen Jahren eingesparten Stellen in den 67 Frauenhäusern im Land vorgesehen werden. Dies sagte Steffens am Mittwoch den Vertreterinnen der Frauenhäuser bei der Übergabe von 37.424 Unterschriften an Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU) zu. Die Landesministerin von Bündnis 90/Die Grünen liess allerdings keinen Zweifel, dass der parlamentarische Weg nicht einfach werde. Zudem könne man den Kommunen nicht so einfach wieder eine neue Aufgabe aufdrücken, sondern müsse mit ihnen gemeinsam eine Lösung suchen.

Mit Übergabe der Unterschriften schlossen die Frauenhäuser die im November vergangenen Jahres gestartete Kampagne "Schwere Wege leicht machen" ab, in der sie auf die unsichere Finanzierung hingewiesen haben. "Obwohl jedes Jahr 5.000 Frauen und ebenso viele Kinder allein in NRW Schutz vor häuslicher Gewalt suchen, ist dies auch nach 33 Jahren noch eine "freiwillige" Leistung," erklärt Caritas-Mitarbeiterin Barbara Kick-Förster, die die katholischen Frauenhäuser in NRW vertritt.

Dies, so führte Claudia Eckern von der Landesarbeitsgemeinschaft aus, kann für eine Studentin, die BAFöG erhält und damit keinen weiteren Anspruch auf Sozialleistungen hat, beispielsweise dazu führen, dass sie einen Tagessatz von bis zu 68 Euro selbst bezahlen müsste. Jede vierte Frau sei von Gewalt betroffen, wies Iris Pallmann vom Paritätischen Wohlfahrtsverband auf die Dimension des Problems hin.

Landtagspräsident Uhlenberg zeigte Verständnis für das Anliegen der Frauenhäuser. Er riet den Vertreterinnen, mit allen Fraktionen zu sprechen, denn dies erhöhe erfahrungsgemäß die Chancen, ein Gesetz schnell durchzubekommen. Barbara Steffens bedauerte, dass derzeit keine gesetzliche Regelung auf Bundesebene möglich sei. Wie schnell es im Land gehen werde, vermöge sie nicht zu sagen. Wichtig sei ihr eine breite Mehrheit im Landtag, "damit das Gesetz auch von allen getragen wird."

109/2010

29. September 2010

